

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 pbbn d



Inhalt

Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, interpretiert die Ergebnisse von Ottawa.

Seite 1/1a

Dietrich Sperling MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister, zu den Problemen unserer Wasserversorgung.

Seite 1b/2

Sepp Klausen MdL über die Marktschwemme bei Nazi-Literatur.

Seite 3

Rudolf Bindig MdB fordert stärkere Bekämpfung der Massenarmut.

Seite 4

Carmen König MdL kritisiert den bayerischen Kultusminister: Werden Rechtsextreme geschützt?

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH,
Godsberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 137

23. Juli 1981

Ein offenes Wort unter Freunden

Zum Ausgang des Weltwirtschaftsgipfels in Ottawa

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Gipfeltreffen von Ottawa hat die Welt nicht verändert, aber Einsichten gefördert und Klärungen in einer schwierigen internationalen Lage gebracht. Die westliche Partnerschaft bleibt bei unbestreitbar unterschiedlichen Interessen der einzelnen Länder intakt. Es hat sich wieder gezeigt: Ein offenes Wort unter Freunden hat noch nie geschadet.

Zu dem, was der Bundeskanzler aus Ottawa mitbringt, gehört auf sicherheitspolitischem Gebiet die vom amerikanischen Präsidenten gegebene Bestätigung, daß die Vereinigten Staaten die Verhandlungen mit Moskau über die Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa alsbald aufnehmen werden. Dies ist geeignet, Zweifel auszuräumen und Mißtrauen abzubauen. Nachdem die sowjetische Führung ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt hat, kann der Abrüstungsdialog auf diesem, für die europäischen Staaten lebenswichtigen Gebiet jetzt endlich in Gang kommen. Eine umfassendere Erörterung der Rüstungsfragen war nicht vorgesehen, wird sich aber von den weltwirtschaftlichen Fragen immer weniger trennen lassen.



Der Ost-West-Handel ist von beiderseitigem wirtschaftlichen Vorteil, wie sich auf dem Sektor der Energieversorgung zeigt. Der Bundeskanzler und der französische Präsident gemeinsam haben darauf, am Beispiel des geplanten Erdgas-Röhren-Geschäfts mit der Sowjetunion, in der notwendigen Deutlichkeit hingewiesen. Es liegt auf der Hand: Eine Unterbrechung dieser wirtschaftlichen Beziehungen oder nur eine "Denkpause" wäre auch ein schwerer Schlag für die ohnehin gefährdete politische Entspannung gewesen. Das ist abgewendet worden.

Daß es schon in Ottawa zu einer Korrektur der amerikanischen Hochzinspolitik kommen würde, hat niemand erwarten können. Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten sind jedoch die Gefahren dieser Politik für die europäischen Länder eindringlich vor Augen geführt worden. Für die Weltwirtschaft ist es von erheblicher Bedeutung, daß daraus in Washington so bald als möglich Konsequenzen gezogen werden. Die amerikanischen Rekordzinsen erschweren auch die Bemühungen um eine wirtschaftliche Stabilisierung in der Bundesrepublik. Wie wir bereits vor Ottawa ankündigten, wird die sozial-liberale Koalition jetzt in aller Entschiedenheit, aber ohne Hektik eigene Maßnahmen in die Wege leiten. Dazu gehören Sparanstrengungen der öffentlichen Hände, um die Haushaltsprobleme so gerecht wie möglich zu lösen, und gezielte Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. So schwierig das ist: Ottawa hat auch deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik im Vergleich der Industrienationen gute Voraussetzungen hat, um diese Herausforderung zu bestehen.

Im Kommuniqué des Gipfeltreffens nimmt der Nord-Süd-Dialog breiten Raum ein. Das besagt noch nicht, daß bereits entscheidende Fortschritte erzielt worden wären. Dennoch ist zu begrüßen, daß die Industriestaaten einschließlich der USA jetzt den Entwicklungsländern die Teilnahme an globalen - also alle wichtigen Materien umfassenden - Verhandlungen zugesichert und den erdölausführenden Ländern eine partnerschaftliche Zusammenarbeit angeboten haben, um den am wenigsten entwickelten Staaten ohne eigene Erdölvorkommen besser als bisher beistehen zu können. Das könnte zum Beispiel durch ein Finanzierungsinstitut in Anlehnung an die Weltbank geschehen. Das ist jedenfalls einer der vernünftigen Ansätze, von denen zu hoffen ist, daß sie auf dem Nord-Süd-Gipfel in Cancun (Mexiko) im Herbst dieses Jahres vertieft werden.

(-/23.7.1981/ks/va)

+ + +



Der Wasserschok

Probleme der Wasserversorgung gewinnen an politischer Bedeutung

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

**Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

Die Sonne brennt unbarmherzig, im Schatten sind es über 30 Grad, die Schwüle macht einem jede Bewegung lästig. Wer lechzt an einem solchen Tag nicht nach Wasser? Wir drehen einfach den Hahn auf, denn wir haben es ja: Das Wasser.

Auch die Pflanzen im Garten wollen nicht verdursten. Wir hängen einfach abends den Gartenschlauch an den Wasserhahn, besprühen die Beete mit dem kühlen Naß oder lassen schon tagsüber die Rasensprenganlage laufen. Wir haben es ja, das Wasser, denken die meisten.

Natürlich soll auch das Auto am Wochenende wieder wie neu aussehen. Also putzen wir es mit etlichen Litern Wasser, denn wir haben ja scheinbar genug davon.

Wir sollten uns nicht in einen gefährlichen Irrtum begeben: Denn wir haben eben nicht genügend sauberes Grundwasser. Nach dem schmerzlichen Ölschock könnte in einiger Zeit für uns alle auch ein Wasserschok kommen. Unser Grundwasser wird zunehmend verschmutzt und damit ungenießbar. In Hessen ist die Situation bereits ernst, besonders in Süd-Hessen ist das Grundwasser erheblich mit Schadstoffen belastet. In städtischen Verdichtungsräumen gibt es kaum noch einen Schutz gegen die Verschmutzung des so wertvollen Wassers. Es steigt nicht nur bei einer hohen Entnahme von oberflächennahem Grundwasser versalztes Grundwasser mit einem hohen Chloridgehalt aus tieferen Schichten auf. Viel schlimmer ist, daß das mit Kaliabwässern und diversen anderen Chemikalien verseuchte Wasser unserer Flüsse zunehmend in das Grundwasser dringt. So liegen die großen Wasserwerke im



hessischen Ried bereits im Grenzbereich des nur als bedingt geeigneten Grundwassers. Bei übermäßiger Entnahme muß damit gerechnet werden, daß verschmutztes Flußwasser in das Grundwasser nachdringt und die Reinigungskraft der Kiesschichten überfordert. Auch im Rhein-Main-Gebiet ist eine Wassergewinnung aus dem Uferfiltrat nur noch mit erheblichem technischen Aufwand möglich. Die wesentlichen Wassergewinnungsgebiete des Rhein-Main-Raumes liegen in Räumen mit großer bis mittlerer Verschmutzungsempfindlichkeit.

Oft ist das Wasser sehr hart und führt zu Ablagerungen in Heißwasser- und Haushaltsgeräten, zu einem hohen Seifen- und Waschmittelverbrauch. Die Folge ist, daß das Abwasser mit Detergentien, Phosphat und Kochsalz aus Haushaltsenthärtungsanlagen belastet wird.

Viel schlimmer noch ist der oft hohe Nitratgehalt im Wasser, der durch übermäßige Düngung entsteht. Unsere Versickerungsgebiete müssen deshalb mehr vor Überdüngung geschützt werden.

Immer mehr Fläche wird zudem durch die Industrie, durch Bebauung, durch den Verkehr und die Landwirtschaft beansprucht. Dadurch sinkt nicht nur die Menge des vorhandenen Grundwassers, sondern auch seine Qualität wird erheblich beeinträchtigt. Wenn Standorte für großtechnische Anlagen festgelegt werden, Investitionsprojekte beschlossen werden, sollten deshalb stärker als bisher die Auswirkungen auf unsere Wasservorkommen beachtet werden.

Sicher gibt es regionale Unterschiede. So dürften die Menschen in ländlichen Gebieten generell besser dran sein als die Bewohner der Ballungsräume. Dennoch gilt für uns alle, daß das Wasser ein knappes Gut ist, mit dem wir schonungsvoll und sparsam umgehen sollten. Die Zeiten sprunghafter Verbrauchssteigerungen sind vorbei. Besonders beim industriellen Großverbrauch müssen wir sparen. Es muß uns allen bewußter werden, daß auch Wasser seinen Preis hat und seine Aufbereitung steigende Aufwendungen erfordert.

Fragen der Sicherung unserer Wasserversorgung werden in Zukunft an politischer Bedeutung gewinnen. Wir sollten uns rechtzeitig darauf einstellen. (-/ 23.7.1981/va-he/hgs)

+

+

+



Nazi-Literatur überschwemmt den Markt
-----**Der Freistaat Bayern steht in der Verantwortung**

Von Sepp Klasen MdL

Nazi-Literatur scheint wieder salonfähig geworden zu sein. Gerade in letzter Zeit ist auf dem Buchmarkt eine bedenkliche Schwemme von Publikationen ehemaliger Nazi-Größen wie Hitler, Goebbels, Himmler oder Göring festzustellen. Darunter findet sich auch eine Reihe von Schriften, die zwar vor 1945 fertiggestellt wurden, aber erst nach 1945 zur Erstveröffentlichung gelangten. Neuveröffentlicht wurden nun Hitlers "Zweites Buch" (herausgegeben von Weinberg), die "Tischgespräche" Hitlers (herausgegeben von Ritter und anderen), "Reichsführer, Briefe von und an Himmler" (herausgegeben von Heiber) und Himmlers "Geheimreden 1933 bis 1945" (herausgegeben von Smith und Peterson).

Gerade bei Hitler und Himmler steht die Bayerische Staatsregierung in einer besonderen Verpflichtung. Der Freistaat verfügt hier nicht nur über die Verlagsrechte: Durch die ersatzlose Auflösung des Eher-Verlages, der sämtliche Verlagsrechte für die Publikationen von Hitler und Himmler besaß, ist der Freistaat Bayern in dessen Verlagsverträge eingerückt und Inhaber der deutschen Verlagsrechte geworden. Auch die Urheberrechte für diese beiden Nazi-Größen sind im Rahmen der Entnazifizierungsmaßnahmen eingezogen und dem Freistaat Bayern übertragen worden.

Somit liegen sämtliche Rechte für die Veröffentlichungen von Hitler und Himmler beim Freistaat Bayern. Es ist deshalb mehr als unverständlich, wieso plötzlich eine Reihe von Neuveröffentlichungen dieser Nazis auftauchen. Die Bayerische Staatsregierung muß sagen, wie sie sich diese Neuveröffentlichungen erklärt und inwieweit der Freistaat überhaupt die ihm zustehenden Urheberrechte für Schriften des "Führers" Adolf Hitler, des "Reichsführers SS" Heinrich Himmler und anderer Angehöriger der ehemaligen nationalsozialistischen Führungsschicht verfolgt.

Ungeachtet des geschichtswissenschaftlichen Interesses an diesen nationalsozialistischen Publikationen muß der starke Aufschwung dieser Literatur in der Bundesrepublik, der auf der anderen Seite noch durch die illegale Einfuhr von Nazi-Literatur verstärkt wird, jeden demokratisch Denkenden in unserem Lande mit Sorge erfüllen, stellt Klasen fest. Dazu kommen noch mögliche Straftatbestände durch die Auflage dieser Bücher, etwa auf Grund rassistischer und antisemitischer Tendenzen, der Ablehnung demokratischer Grundprinzipien und der Befürwortung des autoritären Führerprinzips, der Propagierung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele, insbesondere der Befürwortung gewaltsamer Ausdehnung des deutschen Staatsgebietes und der Ablehnung des Gedankens der Völkerverständigung.

Lobenswert ist anzuerkennen, daß der Freistaat sich vor fünf Jahren - allerdings vergeblich - gerichtlich gegen eine Neuauflage von Hitlers "Mein Kampf" in Italien eingesetzt hat. Doch wie sieht es mit den Nachfolgeschriften von Hitler aus? Hat die Bayerische Staatsregierung geschlafen?

Die unkommentierte Wiedergabe von Publikationen der NS-Größen ist auch heute noch gefährlich; ja die Bildung einer starken rechtsextremistischen Bewegung vor allem unter der Jugend macht deutlich, daß die Gedanken und Ideen der Nationalsozialisten gerade jetzt wieder einen Teil der Bevölkerung faszinieren. Es ist wirklich nicht nötig, daß der Freistaat die Verbreitung des nationalsozialistischen Gedankengutes dadurch fördert, daß er seine ihm übertragenen Urheberrechte nicht wahrnimmt. Hier ist der Bayerischen Staatsregierung mehr Sorgfalt anzuempfehlen.

(-/22.7.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Die Massenarmut bekämpfen
Zur Richtung der deutschen Entwicklungshilfe

Von Rudolf Bindig MdB

 Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Bekämpfung der Massenarmut in den Entwicklungsländern erklärt die Bundesregierung zur "vorrangigen Aufgabe" der deutschen Entwicklungspolitik. Die deutsche Entwicklungshilfe gliedert sich auf in öffentliche Entwicklungshilfe und private Entwicklungshilfe, das heißt steuerlich subventionierte Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen in den Entwicklungsländern. "In den ärmeren Ländern der Dritten Welt leisten die Deutschen Direktinvestitionen schon wegen ihres geringen Volumens keine fühlbaren Beiträge zur Entwicklung", faßt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aus Berlin seine neuesten Erhebungen über Ausmaß und Wirkung deutscher Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern zusammen. Fast auf den gleichen Tag lesen wir im Deutschland-Union-Dienst der CDU - bezogen auf die Länder der Dritten Welt - "mehr privatwirtschaftliche Initiative erforderlich". Denn, so heißt es dort weiter, "ohne die privatwirtschaftliche Initiative aus Industrieländern und in Entwicklungsländern wird die Armut in der Dritten Welt nicht zu überwinden sein."

Die Ergebnisse der DIW-Untersuchungen sind: 1980 - wie schon in den Vorjahren - konzentrierten sich die Neuinvestitionen der deutschen Unternehmen auf die sogenannten Schwellenländer, das heißt auf jene Gruppe von Entwicklungsländern (darunter fallen Länder wie Argentinien, Brasilien, Hongkong, Singapur, Taiwan), die in ihrer Entwicklung schon relativ weit fortgeschritten sind. In den Schwellenländern leben 13 Prozent aller Einwohner von Entwicklungsländern, dort aber "befinden sich heute", so heißt es wörtlich in dem DIW-Bericht, "gut Dreiviertel der kumulierten deutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt. Der Anteil der ärmeren und ärmsten Länder an den Direktinvestitionen war dagegen stets gering (etwa zehn von 100). In diesen besonders bedürftigen Regionen mit ihren 2,4 Milliarden Einwohnern haben Investoren aus der Bundesrepublik seit 1952 nur 2,2 Milliarden DM angelegt, das heißt in fast 30 Jahren weniger als eine DM je dort lebenden Einwohner."

Daß Privatinvestitionen nicht gerade den Rahmen für einen breit angelegten Entwicklungsprozeß in den Entwicklungsländern abstecken, ist hinlänglich bekannt. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung belegt es hier nochmal mit harten Zahlen: Die deutschen Direktinvestitionen "konzentrieren sich nicht nur auf eine kleine Anzahl von Anlageländern, sondern auch auf wenige Wirtschaftszweige. Auf Dienstleistungen, chemische Industrie, Elektrotechnik, Fahrzeug- und Maschinenbau allein entfallen fast Dreiviertel der Gesamtsumme."

Welche Schlußfolgerung zieht das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung? "Je mehr sich die Direktinvestitionen auf wenige Empfängerländer konzentrieren, um so mehr besteht Anlaß, die öffentliche Entwicklungshilfe, die besonders den armen und ärmsten Ländern zugute kommt, zu erhöhen." Die Bundesregierung hat die Mittel ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe gerade für die armen und ärmsten Entwicklungsländer deutlich erhöht.

Diese Richtung gilt es fortzusetzen - trotz angespannter Haushaltslage. Ist es nicht an der Zeit, Instrumente privatwirtschaftlicher Entwicklungshilfe, sprichsteuerlich begünstigte Investitionen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern - beispielsweise das sogenannte "Entwicklungsländer-Steuerergesetz" - auf ihre tatsächliche entwicklungspolitische Relevanz hin abzuklopfen und hier eine Korrektur in Richtung einer verstärkten Zuweisung öffentlicher Entwicklungshilfe zugunsten der armen und ärmsten Entwicklungsländer vorzunehmen?

(-/23.7.1981/hi/hqs)



Türkische Kinder indoktriniert

Bayerns Staatsregierung nach einem Jahr erst im Stadium des Nachdenkens

Von Carmen König MdL

Es ist schon bestürzend, wenn man gleichzeitig die Härte und die Schnelligkeit sieht, in der das bayerische Kultusressort gegen Lehrer vorgeht, die in den Verdacht geraten sind, linksextreme Aktivitäten oder Neigungen zu entwickeln. M. Pilavci hingegen, ein rechtsextremer türkischer Lehrer, darf in Neufahrn bei Freising weiterhin türkische Kinder indoktrinieren und auf schlimme Art disziplinieren. Obwohl Pilavcis rechtsextreme Vergangenheit und Agitation der Bayerischen Staatsregierung seit mindestens einem Jahr bekannt sind, befinden sich das bayerische Innenministerium und die Regierung von Oberbayern immer noch im Stadium des Nachdenkens darüber, ob Maßnahmen gegen Pilavci ergriffen werden sollen.

Wie Innen- und Kultusministerium jetzt auf meine zweite Anfrage zugehen mußten, war den beiden Ressorts bekannt, daß der türkische Lehrer in der Türkei als Abgeordneter für die als rechtsextrem eingestufte "Partei der Nationalen Bewegung" (MHP) kandidiert hatte und wohl auch MHP-Mitglied und -funktionär war. Die MHP hat es sich zur Aufgabe gemacht, das großosmanische Reich wieder herzustellen, wobei ihr jedes Mittel recht zu sein scheint. Nach dem Verbot der Auslandsorganisation der MHP, der "Grauen Wölfe", in der Bundesrepublik Deutschland durch das türkische Verfassungsgericht haben sich deren Anhänger - ausweislich des bayerischen Verfassungsschutzberichtes - "vielfach in den sogenannten türkischen 'Idealistenvereinigungen' und in den 'Islamischen Kulturvereinen' gesammelt".

Pilavci war nun bis zum 16. November 1980 Vorsitzender des Münchner "Vereins türkischer Idealisten e.V." (MÜO). Dieser Verein ist Mitgliedsorganisation des von der MHP beeinflussten Dachverbandes, "Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa" (ADÜTDF), wie ebenfalls aus dem Verfassungsschutzbericht bekannt ist. Wie sehr Pilavci in rechtsextremer Richtung engagiert ist, weiß die Staatsregierung spätestens seit Mai 1980 aus einem Flugblatt des MÜO, für das der türkische Lehrer verantwortlich zeichnete und das "extrem nationalistische Thesen" (so die Antwort des Kultusministeriums) enthielt, verbunden - wie Maier fast entschuldigend hinzufügte - mit scharfen Angriffen besonders gegen "Kommunisten", aber auch gegen "Faschisten" und "Imperialisten".

Das Pilavci aus seiner rechtsextremen Einstellung auch in der Schule keinen Hehl machte, brachte spätestens eine "Notizbuch"-Sendung des Bayerischen Rundfunks am 8. Juli 1980 an den Tag. Es gehe darum, das großtürkische Reich wieder zu errichten, in dem so vieles besser war als heute, erfuhren die Kinder im Unterricht von ihrem türkischen Lehrer, und: Osman Bei sei "der Größte" gewesen. Wie die Kinder selbst aussagten, habe Pilavci sich im Unterricht nachdrücklich für die Wiedererrichtung des großosmanischen Reiches eingesetzt, Fremden- und Judenhaß gleichermaßen geschürt, Amerika und die Kommunisten in gleicher Weise als Feinde dargestellt und die Kinder aufgerufen, mitzumachen und für



"das Land" zu kämpfen. Dazu hat der türkische Lehrer - wie die Kinder im BR-Interview berichteten - die Schüler im Unterricht geschlagen, bis sie Nasenbluten hatten, um die von ihm gewünschte "Disziplin" in der Klasse herzustellen.

Pilavci hat in Wort und "Tat" eindeutig die Positionen der MHP und der von ihr gesteuerten Organisationen vertreten. Dieser Tatbestand bringt den Lehrer eindeutig in Widerspruch zu seinem Gelöbnis auf die freiheitlich-demokratische Verfassung unseres Landes.

Bereits Ende 1978 bei seiner Einstellung als Lehrer hatte Pilavci erklärt, er habe den Vorsitz des MUO niedergelegt. Das war eine Lüge. Dies geschah erst zwei Jahre später, als die Verantwortlichen - offenbar aufgeschreckt durch meine erste Anfrage - der Sache nachgingen. Jetzt weiß das Kultusministerium gar noch von Anhörungsgesprächen zu berichten, die die Regierung von Oberbayern auch über die im "Notizbuch" erhobenen Vorwürfe geführt hat. Deren Ergebnis ist allerdings in der Antwort schamhaft verschwiegen worden.

Jetzt ist es fürwahr an der Zeit, daß endlich rechtliche Schritte gegen Herrn Pilavci eingeleitet werden. Es darf nicht länger angehen, daß dieser Lehrer weiterhin türkische Kinder unterrichtet, die fern der Heimat sicher besonders empfänglich für nationalistische Beeinflussung sind. Die Vorwürfe sind präzise, die Niederlegung des Vorsitzes im Münchner Idealistenverein allenfalls Opportunismus und Augenauswischerei. Jetzt muß endlich einmal etwas geschehen, die Zeit des Nachdenkens ist vorbei.

Wenn allerdings Bayerns Kultusministerium weiterhin darauf warten will, daß sich die Leidtragenden, die türkischen Kinder, rühren, dann wird es sicher vergeblich warten: Die Schüler haben Angst - Angst vor Pilavci und Angst vor allem vor der MHP und den von ihr beeinflussten Organisationen, die sich bekanntlich in der Vergangenheit nicht gerade durch Zimperlichkeit gegenüber politisch andersdenkenden Türken in der Bundesrepublik auszeichneten und ihre Landsleute verschiedentlich mit Terror unter Druck zu setzen versuchten. Diese Angst und diesen Druck von den türkischen Kindern zu nehmen, ist die Verpflichtung der Bayerischen Staatsregierung und der Regierung von Oberbayern. Es wäre jetzt endlich an der Zeit zu handeln. (-/23.7.1981/hi/va)

+ + +

